

Niederschrift

zur 5. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 29.10.2014	18:30- 21:10 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Käthe Radom , Gerold Sachse

CDU-Fraktion

Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer für Matthias Rudolph

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach , Elke Wagner

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Anke Marggraf , Irina Retzlaff , Jürgen Roch , Christfried Tschepe

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Matthias Rudolph ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt

5 interessierte Bürger

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Hauptausschusses, die anwesenden Gäste und die Presse recht herzlich zur 5. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Fürstenwalde/Spree.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 12 Mitglieder des Hauptausschusses und der Bürgermeister zur heutigen Sitzung anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 15.10.2014

Die Bestätigung der Niederschrift vom 15.10.2014 erfolgt in der Sitzung des Hauptausschusses am 26.11.2014.

Zurückstellung

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende bezieht sich auf einen Artikel im Spreejournal vom 28.10.2014 – „Linke will LkW-Verkehr aus Fürstenwalde verbannen“. Zu diesem Sachverhalt liegt von der Fraktion DIE LINKE. ein Antrag vor, der in den nächsten Tagen allen Abgeordneten im Ratsinfoportal zugänglich gemacht wird.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Bürgerbeteiligung zum Fürstenwalder Frühlingsfest

Der Vorsitzende führt zu Beginn des Tagesordnungspunktes aus, dass der Abg. Rudolph (BFZ) in der vergangenen Sitzung darauf hingewiesen hat, dass es in Fürstenwalde offensichtlich BürgerInnen gibt, die das nächste Frühlingsfest mit deutlich weniger Mitteln selbst organisieren wollen. Einer dieser Akteure, Herr Alter, ist zur heutigen Sitzung zu diesem Thema anwesend.

Abg. Fiedler hätte es begrüßt, wenn Frau Adler, die den Vorschlag zum Frühlingsfest 2015 eingereicht hat, ihre Ideen heute selbst vorgetragen hätte.

Herr Alter wird das Rederecht erteilt.

Zunächst erklärt Herr Alter, dass Frau Adler allein erziehende Mutter ist und da sie keine Kinderbetreuung organisieren konnte, an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Zum Vorschlag: Es geht darum, die im Haushalt veranschlagten Mittel in Höhe von 26.500 € den Bürgerinnen und Bürgern für die Planung ihres eigenen Stadtfestes zur Verfügung zu stellen. Veranstaltungsort könnte die Spreewiese/Goetheplatz sein. Des Weiteren ist ein verkaufsoffener Tag, unter Einbeziehung der Fürstenwalder Geschäftswelt, angedacht.

Abg. Fischer: Die BFZ ist nicht dafür, dass einem Bürger diese Summe ausgezahlt wird. Die Überlegung war, dass die Stadt für diese Summe den Rahmen zur Verfügung stellt z.B. für Straßensperrungen, Wachschatz, Aufstellung von Toiletten, zur Verfügungstellung der Technik etc. Der BFZ geht es eher darum, ein nicht kommerzielles Fest zu veranstalten, ohne große Verantwortlichkeiten.

Abg. Fiedler stellt an Herrn Alter die Fragen nach den Erfahrungen zur Organisation von solchen Festen in anderen Städten, dem Kreis derer, mit denen er sich eine Zusammenarbeit vorstellen könnte und ob eine Talentbühne vorgesehen ist.

Herr Alter bezieht sich auf ein Studentenfest in Dresden und auf den Mauerpark in Berlin. Verschiedene Bands haben ihre Bereitschaft signalisiert, dass sie zum Stadtfest auftreten würden.

Konkrete Zusagen liegen aber noch nicht vor. Herr Alter hat bisher keine Erfahrungen im Umgang mit solchen Festen.

Abg. Sarrach findet es gut, dass es bürgerschaftliches Engagement gibt, aber Bürgerbeteiligung allein garantiert nicht, dass es ein Selbstläufer ist. Auf Grund der Zeitspanne von nur 6 Monaten müsste der Zeitplan bereits vorliegen. Bürgerschaftlich organisierte Künstler sollten der Stadt ihr Finanzvolumen mitteilen. Die Finanzverantwortung sollte der Stadt obliegen.

Abg. Wagner sagt, gemessen daran, dass nur noch 5 Monate Zeit sind, um ein solches Fest vorzubereiten und ihr die bisher getätigten Aussagen zu unkonkret sind. Sie könnte sich vorstellen, dass man die bürgerschaftlichen Ideen in das Stadtfest 2016 mit einbezieht.

Der Chef der Kulturfabrik, Dr. Oehler, erläutert anhand einer Power-Pointe-Präsentation, die als Anhang der Niederschrift beigefügt ist, das Konzept für das geplante Stadtfest 2015. *(Die getätigten Aussagen von Herrn Dr. Oehler wurden aus technischen Gründen nicht aufgezeichnet).*

Nach dieser Präsentation von Herrn Dr. Oehler sagt die **Abg. Lehmann**, dass sie sich für die heutige Sitzung ein professionelleres Konzept von den Antragstellern gewünscht hätte. Sie hinterfragt, wer eigentlich der Ideengeber ist. Auf Facebook kann man nachlesen, dass dies nicht Frau Adler und Herr Alter sind, sondern Herr Rudolph.

Abg. Zänker bemerkt, dass man keinen Fürstenwalder Bürger, der sich engagiert, dafür kritisieren sollte, dass etwas nicht professionell oder noch nicht ausgereift genug ist. Immerhin hatten wir die Situation, dass wir mit einem sehr professionellen Konzept im letzten Jahr einen Misserfolg hatten.

Der Vorsitzende beendet die ausführliche Diskussion zu diesem Thema. Er bedankt sich bei Herrn Dr. Oehler für seine Ausführungen und schätzt ein, dass das Fest 2015 ein gelungenes Fest wird.

TOP 6.2 Nachbesetzung Fachbereichsleitung Bürgerdienste und Stadtentwicklung 6/033/1

Dr. Fehse

Die Diskussion in der letzten Hauptausschusssitzung, im nichtöffentlichen Teil, wurde ausgewertet und zusammen mit dem Bürgermeister entschieden, dass in der heutigen Sitzung der Vorschlag unterbreitet wird, die Fachbereichsleiterstellen 3 und 4 wieder mit dem gleichen Verantwortungs- und Aufgabenspektrum zu besetzen. Die Verwaltung wird ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren durchführen.

Abg. Fiedler verweist auf die Anlagen zu dieser Drucksache.

Zu den Bewertungskriterien bemerkt sie, dass der Pkt. „Eigeninitiative“ höher bewertet werden sollte. In der Stellenbeschreibung selbst bittet sie darum, den Passus „Integrati-

on“ mit aufzunehmen.

Abg. Wagner ist auch der Meinung, dass die Punkte Eigeninitiative, Engagement und Leistungsfähigkeit durchaus mit einem höheren Faktor (3) bewertet werden sollten.

Die Verwaltung sagt zu, die entsprechenden Änderungen in die Vorlage einzuarbeiten.

Zustimmung mit Änderung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.3 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/042

Dr. Fehse stellt die Drucksache vor.

Die Anpassung soll so ausfallen, dass für den ersten Hund künftig 60 Euro statt 48 Euro zu zahlen sind. Für den zweiten Hund 100 Euro statt bisher 84 Euro und für jeden weiteren Hund 120 Euro statt 84 Euro. Weiterhin soll die 50%ige Steuerermäßigung für Hunde von Hartz IV-Empfängern nicht mehr gewährt werden.

Abg. Zänker sagt, er sieht schon die Schlagzeile „Steuerlast für Hartz IV-Empfänger“; er kann eine Lenkungsfunktion nicht erkennen und hinterfragt, um wie viele Hunde es eigentlich geht.

Dr. Fehse gibt die Zahl mit ca. 336 an (eine genaue Zahl wie viele hiervon Hartz IV-Empfänger sind, liegt nicht vor).

Abg. Sarrach und **Abg. Radom** unterstützen die Aussage von Herrn Zänker und bitten darum, den Punkt 2 in der Drucksache zu streichen.

Abg. Dippe schlägt vor, die Steuer für das erste Tier nicht zu ändern.

Abg. Sachse zitiert aus einem Brief von einem Bürger, der u.a. schreibt:

„Das Kernproblem der Hundsteuer ist ihre unsoziale Natur. Ein Großverdiener mit wertvollem Rassehund zahlt genauso viel, wie eine Rentnerin, die sich gegen ihre Einsamkeit einen Mischling aus dem Tierheim holt“.

Abg. Wagner fordert, dass für Hunde, die aus dem Tierheim geholt werden, im ersten Jahr keine Steuer gezahlt werden muss.

Dieses Argument findet auch die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Nach eingehender Diskussion ist die Mehrheit der Abgeordneten dafür, dass die Ermäßigungsregel bestehen bleibt.

Über die nachfolgenden Änderungen wird abgestimmt.

1. Die Steuer für den Ersthund wird nicht erhöht.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

2. Den Ermäßigungstatbestand weiter bestehen zu lassen, soll nicht gelten, wenn im Haushalt mehrere Hunde leben.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

3. Halter, die einen Hund aus dem Tierheim holen, sollen von der Steuer im ersten Jahr befreit werden.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Verwaltung wird beauftragt, diese drei Punkte in die Vorlage einzuarbeiten und der STVV am 6.11.2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 6.4 Jahresabschluss 2011; hier: Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb 6/049

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2011 fest.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Bürgermeister für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung zu erteilen.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag von 371.082,40 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 6.5 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Grünpflege 6/050

Abg. Fischer sagt, dass die Verbringung des Laubes ein hoher Kostenfaktor ist. Wohin wird das Laub verbracht, dass die Entsorgung so teuer ist – warum lässt man das Laub nicht auf stadteigenen Flächen kompostieren und verwendet es im nächsten Jahr im Stadtpark zur Düngung oder als Pellets im HHKW. Seit wann wusste man von diesen Steigerungen?

Bürgermeister: Wir reden über Verschiebungen in den Ansätzen des Städtischen Betriebshofes. Mit Aufstellung des Haushaltsplanes sind die Planansätze gebildet worden. Danach können natürlich Änderungen eintreten. Wenn z.B. 100 T€ für den Winterdienst geplant sind – der Winter aber ausfällt, dann muss der Betriebshof vier Wochen früher mit der Grünflächenpflege anfangen. Folgerichtig findet dann auch eine Verschiebung der Ansätze statt.

Pellets sind bei einigen in der Erprobung. Die Anlage der Stadt kann zurzeit keine Pellets verarbeiten. Hierfür sind höhere Investitionen notwendig.

Abg. Sarrach hat Bedenken einer überplanmäßigen Ausgabe von 135.400 € zu zustimmen. Er möchte wissen, wie es dazu kommen konnte. Er bittet darum, die Gründe herauszuarbeiten, warum diese Steigerungen entstanden sind.

Bürgermeister:

Wir reden über ein Budgetvolumen für den Städtischen Betriebshof von rund 1,5 Mio€. Diese 1,5 Mio€ sind durch verschiedene Planansätze in der inneren Verwaltung abgesichert, weil nur diese dem Städtischen Betriebshof Aufträge erteilt. Die 1,5 Mio€ ergeben

sich daraus, weil der Betriebshof mit seinen 27 Mitarbeitern 1,5 Mio€ Aufwendungen hat. Wenn diese Planansätze nicht ausgelöst werden, dann hat der Betriebshof am Ende des Jahres einen Verlust und die Stadt muss diesen ausgleichen. Hier fließt kein Geld nach außen ab. Die Differenzen sind dadurch entstanden, dass die Verträge über die Preisgestaltung mit der Verwaltung erst im Mai 2014 beschlossen werden konnten und eine Berücksichtigung bei den Haushaltsberatungen nicht möglich war. Der Städtische Betriebshof hat schon in den vergangenen Jahren, aber insbesondere 2013/2014 seine Leistungen auf den Prüfstand gestellt und ist zu anderen Kostenberechnungen gekommen und daraus haben sich die Veränderungen ergeben, weil die Planansätze so nicht mehr mit umgesetzt werden konnten. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist der Einfluss des Wetters, gerade auf das Agieren des Betriebshofes.

Abg. Zänker hinterfragt, wenn aus dem Konto Baumpflege Mittel von 135.400 € entnommen werden, welche Arbeiten sind dann unterblieben und um welche konkreten Maßnahmen es sich hierbei handelt.

Herr Roch antwortet, dass von den 200 für 2014 geplanten Pachtgrundstücken, auf denen ein Baumschnitt angedacht war, erst 20 Grundstücke erfasst werden konnten.

Abg. Sachse sagt, dass die Hauptpreissteigerung die Unratbeseitigung auf den Grünflächen ist. Bei regelmäßigen Beauftragungen stellt sich die Frage, ob es auch andere Anbieter geben kann z.B. aus dem gemeinnützigen Bereich.

Herr Hengst: Dies ist genau der Punkt, wo Einsparungen erfolgen können, wenn es gelingt diese Aufträge an Dritte zu vergeben und damit aber auch gleichzeitig das Aufwandsvolumen im Betriebshof reduziert werden kann. Da 80% der Kosten im Betriebshof Personalkosten sind, geht dies nur, wenn sukzessives Personal zurückgefahren wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree genehmigt die überplanmäßige Ausgabe für die Pflege der Grünanlagen und Unratbeseitigung auf und an den Grünanlagen in Höhe von 135.400 €.

Zustimmung Ja 9 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Seitens der Verwaltung liegen keine Informationen vor.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Abg. Zänker bittet um schriftliche Information zum Stand der Nachpflanzungen vor der ehemaligen Gaststätte „Zum Erbsensack“.

Abg. Dippe hinterfragt den Stand „Bad Saarow wechselt Mittelzentrum“

Bürgermeister: Dazu hat es mehrere Gespräche gegeben. Eine entsprechende Vereinbarung liegt zur Unterzeichnung vor. Diese soll dem parlamentarischen Raum zeitnah vorgestellt werden.

Abg. Sarrach möchte von der Verwaltung wissen, ob es zutrifft, dass derzeit die Bescheide für die Straßenerschließungsbeiträge zu 90% verschickt werden (Schellingstraße

und Gärtnerstraße), obwohl die jetzige Satzung nur 70% vorsieht. Wie gedenkt die Verwaltung gerechte Einzelfalllösungen zu finden.

Der Bürgermeister bestätigt den Sachverhalt und führt aus, dass er keine Möglichkeit sieht, den betroffenen Anliegern entgegenzukommen. Alle seine Überlegungen haben einer rechtlichen Prüfung nicht standgehalten.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 6 Seiten.

Gerold Sachse
Vorsitzender

Anke Marggraf
Schriftführerin